

So schnell wie möglich Deutsch lernen

Ein Pilotprojekt mit Ex-Museumsleiterin Anette Rein fördert afghanische Frauen

Von Friederike Tinnappel

Farida Ahmadi (35) ist von Beruf Lehrerin. Seit zwei Monaten drückt sie selbst wieder die Schulbank. Wie die elf anderen Frauen aus Afghanistan, die an dem Pilotprojekt „Dada-Aufbruch“ teilnehmen, will sie so schnell wie möglich Deutsch lernen und eine Arbeit finden. Fast alle aus der Gruppe, die sich seit zwei Monaten täglich in der Eckenheimer Landstraße 52 treffen, sind mit ihren Familien aus Afghanistan geflüchtet und leben derzeit noch in Gemeinschaftsunterkünften.

Das Besondere an „Dada-Aufbruch“ ist: Die Frauen warten alle noch darauf, als Asylbewerberinnen anerkannt zu werden. Erst dann könnten sie einen Integrationskurs besuchen, erläutert Nadia Qani, die Vorsitzende des von ihr gegründeten Vereins ZAN, der die Rechte afghanischer Frauen in der Heimat und im Ausland fördern möchte. „Dada-Aufbruch“ ist ein Projekt von Zan, das vom Frankfurter Arbeitsmarktprogramm und dem Verein Berami finanziert wird.

Einige Frauen haben bereits eine Berufsausbildung

Am Internationalen Frauentag saß die Gruppe im DGB-Haus und strickte, gemeinsam mit Gewerkschafterinnen und Politikerinnen, jene rosa Mützen, die bei den Protesten der amerikanischen Frauen gegen den neuen US-Präsidenten Donald Trump das dekorative I-Tüpfelchen sind. Nadia Qani hatte den geflüchteten Frauen erklärt, was es mit dem Internationalen Frauentag auf sich hat. Unter den strickenden Frauen befand sich auch die ehemali-



Mit Kopftuch und Pussy Hat, dem Protestsymbol amerikanischer Frauen gegen Trump: Die Kursteilnehmerinnen lernen schnell. JÜLICH

ge Leiterin des „Museums Weltkulturen“, Anette Rein. Sie hat für ZAN bereits ehrenamtlich gearbeitet und ist jetzt für „Dada-Aufbruch“ verantwortlich.

Rein wird nicht nur von Nadia Qani unterstützt, sondern auch von drei Lehrerinnen, die die große Motivation, die ihre Schülerinnen mitbringen, schätzen. Wenn die Sprachbarrieren doch noch mal unüberwindlich erscheinen, kann Sonia Ahmadi zu Hilfe gerufen werden. Die Schriftstellerin

lebt in Frankfurt im Exil und hat sich als Übersetzerin zur Verfügung gestellt.

Nicht alle Frauen von Dada-Aufbruch leben in Frankfurt. Eine steht morgens um 5 Uhr auf, um aus dem Odenwald anzureisen. Nach Deutschland sind sie gekommen, weil sie „in Ruhe und Frieden“ leben wollen. Aber auch, weil sie die deutsche Kultur und die Bildungsmöglichkeiten schätzen. Einige Frauen haben bereits eine Berufsausbildung, wie die

Lehrerin Farida Ahmadi. Eine Krankenschwester und eine Polizistin gehören auch zur Gruppe. In Afghanistan kann man nicht leben, sagen alle. Der Terror der Taliban sei unerträglich. Eine Frau musste mit ansehen, wie ihre Eltern umgebracht wurden.

Die Ethnologin Anette Rein macht deutlich, dass es bei Dada-Aufbruch um mehr geht als um die Sprache. Sie unternimmt Ausflüge mit den Frauen in die Museen, in den Palmengarten

oder auch den Zoo. „Sie sollen sehen, in welcher Stadt sie leben“, sagt Qani.

Auch Ausflüge ins Umland sind geplant – und ein gemeinsames Mittagessen. Die Tafel habe zugesagt, die benötigten Lebensmittel zu liefern, so Rein. Das alles geschehe auf Augenhöhe, es gehe darum, voneinander zu lernen. „Wissen für alle“ – das sei ihr auch in ihrer Zeit als Museumsdirektorin ein Anliegen gewesen.

Wohnen als Luxusgut?

Heute Diskussion

Mit der Frage nach bezahlbarem Wohnraum in Frankfurt befasst sich am Dienstag, 21. März, eine Podiumsdiskussion, zu der die Stadt Frankfurt und das Unternehmen Heuer Dialog für 18.30 Uhr in den Hermann-Josef-Abs-Saal, Junghofstraße 11, einladen. Ist Wohnen „Luxusgut oder öffentliche Daseinsvorsorge?“. Antworten geben der Projektentwickler Jürgen Groß, der mit seinem Unternehmen unter anderem das Hochhaus-Projekt „Four“ auf dem früheren Deutsche-Bank-Areal realisieren will, Planungsdezernent Mike Josef (SPD), Rolf Janßen, Geschäftsführer des DMB-Mieterschutzvereins, und der Kabarettist Georg Schramm.

Frankfurter, die mit dem angespannten Wohnungsmarkt in der Stadt konfrontiert sind, sind eingeladen. Der Eintritt ist frei. Einlass ist um 18 Uhr. cm

Mehr Informationen gibt es unter www.buerger-dialog.com

Religionsfreiheit am Arbeitsplatz

Demonstration gegen das EU-Urteil, wonach ein Verbot von Kopftüchern bedingt zulässig ist

Gegen das Verbot von Kopftüchern und anderen religiösen Symbolen am Arbeitsplatz haben knapp 50 Menschen gestern Abend auf dem Frankfurter Opernplatz demonstriert. Überwiegend muslimische Studentinnen waren anwesend, die ihre berufliche Zukunft bedroht sehen. Grund ist ein Urteil, das der Europäische Gerichtshof (EuGH) vor einer Woche fällte.

Dort heißt es, dass private Unternehmen ihren Angestellten verbieten dürfen, ein Kopftuch zu tragen – vorausgesetzt, alle anderen politischen, philosophischen und religiösen Symbole sind auch unerwünscht. Ein Verbot, das lediglich das Kopftuch betrifft – etwa, weil sich Kunden beschwert haben –, sei allerdings diskriminierend, urteilt der EuGH. Anlass des Urteils waren zwei Klagen muslimischer Frauen, die wegen ihres Kopftuchs entlassen worden sind.

„Das Urteil ist nichts weiter als Wahlkampf, der auf dem Rücken religiöser und ethnischer Minder-



Pro-Kopftuch-Aktivistinnen auf dem Opernplatz in Frankfurt. JÜLICH

heiten betrieben wird, damit der rechte Teil der Bevölkerung beschwichtigt wird“, sagt Sennur Bedir. Die Jurastudentin trägt selbst Kopftuch und hat die Kundgebung organisiert. „Das Kopftuch gehört zu meiner Identität. Ich werde einmal die Hälfte

meines Lebens arbeiten, und in dieser Zeit möchte ich nicht meine Persönlichkeit abgeben“, sagt Bedir. Sie fühle sich in ihren Menschenrechten verletzt. Bedir verweist auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das 2015 das Kopftuchverbot für Lehrerinnen

für verfassungswidrig erklärt hat.

„Ich hatte große Probleme, einen Referendariatsplatz zu finden“, sagt die angehende Lehrerin Merve Bedir. Ihr sei offen gesagt worden, dass ihr Kopftuch ein Ausschlusskriterium sei. Ohne Kopftuch wolle sie nicht arbeiten: „Das bin nicht mehr ich.“

„Immer wird uns gesagt, wir seien nicht emanzipiert genug, aber jetzt soll uns verboten werden zu arbeiten“, sagt Nilab Taufier. Die Entwicklungshelferin trägt selbst kein Kopftuch, aber sie sei extra aus München angereist, um hier eine Rede zu halten.

Sie habe für den Protest noch mehr Redner angefragt, sagt Bedir. Leider hätten ihr sowohl muslimische als auch christliche und jüdische Organisationen abgesagt. Als Grund sei angegeben worden, dass es noch keine konkrete Folge des EuGH-Urteils in Deutschland gegeben habe. „Das finde ich etwas schade“, sagt die Jurastudentin. prjh